



# STANDPUNKTE 21 / 2009

ALI FATHOLLAH-NEJAD

## DIE OBAMA-ADMINISTRATION IM UMGANG MIT IRAN

VON RISIKEN UND CHANCEN FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE

Am 1. Oktober 2009 fanden sich zum ersten Mal nach 30 konfliktträchtigen Jahren hohe iranische und amerikanische Vertreter zu offiziellen Gesprächen in Genf ein. Zu solch einem Treffen kam es im Rahmen von Atom-Verhandlungen zwischen Teheran und den sog. «5+1» (die fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder und Deutschland). Während der neue US-Präsident Barack Obama über einen «konstruktiven Beginn» sprach, äußerte sich seine Außenministerin vorsichtiger. Hillary Clinton trat noch als Befürworterin von «lähmenden Sanktionen» in Erscheinung<sup>1</sup> – eine Forderung, die von Falken der beiden großen Parteien erhoben wird. Ende Oktober setzte der US-Kongress eine Verschärfung von Iran-Sanktionen durch, zu der v.a. die Ausweitung von unilateralen, extraterritorialen Sanktionen gehört, die Firmen bestrafen soll, die Benzin in den Iran exportieren oder bei der Entwicklung der maroden iranischen Öltraffinerungsindustrie beteiligt sind.<sup>2</sup> Dem Präsidenten werfen diese Gegner einer Normalisierung der Beziehungen zum Iran «Appeasement» vor.<sup>3</sup> Das Außenministerium stand den Sanktionsverschärfungen ablehnend gegenüber.

Dass nun Obama sein Wahlversprechen, die US-Supermacht wolle ohne Vorbedingungen mit Teheran sprechen, eingelöst hat, hat einerseits einen klaren realpolitisch motivierten Hintergrund. Andererseits jedoch besteht keine Gewissheit darüber, dass dieser realpolitische Kurs vollends weiterverfolgt wird. Wie die o.g. Sanktionsverschärfungen illustrieren, liegen dafür die Vorstellungen jener in Washington maßgeblich einflussreichen Gruppen zu sehr auseinander.<sup>4</sup> Eine andere bedeutende Frage ist, was für Auswirkungen Vorgänge, die im wertfreien Raum der internationalen Politik vonstatten gehen, auf etwa die iranische Zivilgesellschaft haben.

### WIESO DIE USA EINE KURS-ÄNDERUNG IN DER IRAN-POLITIK ANSTREBEN

Um zunächst die Gründe zu liefern, weswegen innerhalb des US-Establishments sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass die Iran-Politik George W. Bushs nicht den nötigen Erfolg eingefahren hat, bietet sich ein kurzer Abriss der amerikanisch-iranischen Beziehungen an. Der «Schock» der iranischen Revolution von 1979, welche mit dem Schah-Regime einen zentralen Grundpfeiler der US-Hegemonialpolitik in der ölreichen Region des Nahen und Mittleren Ostens zum Einsturz brachte, setzte eine unabhängige, insbesondere die Ambitionen der US-Supermacht ablehnende, außenpolitische Orientierung in Teheran ein. Seit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen vor nunmehr drei Dekaden stellt das strategisch zentrale Land das einzige in der für US-Interessen als «vital» erachteten Region des sog. Middle East dar, welches außerhalb des direkten Einflusses Washingtons agiert. Aufgrund dessen hatte man auf die Schwächung des Landes gesetzt, um so den post-revolutionären Iran zumindest in seine Schranken zu weisen. Nach dieser Logik folgte auf die massive Unterstützung des Irak unter Saddam Hussein in dem achtjährigen Krieg gegen Iran, eine nach dem Zusammenbruch des bipolaren Systems unter Präsident Clinton ausgerufenen Eindämmungspolitik, die Teheran mittels eines Sanktionsregimes zu isolieren suchte.

Ein Jahr nach dem Amtsantritt von George W. Bush jr. wurde Iran, trotz seiner unentbehrlich kooperativen Rolle für eine Nachkriegsordnung im besetzten Afghanistan, zum Mitglied der «Achse des Bösen» erkoren. Im Zuge des nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausgerufenen «weltweiten Kriegs gegen den Terrorismus» kündigte Bush beim

<sup>1</sup> So z. B. Clinton vor dem House Committee on Foreign Affairs, New Beginnings: *Foreign Policy Priorities in the Obama Administration: Hearing*, 111th Congress, 1st session, 2009.

<sup>2</sup> Lloyd Chebaclo, Senate Cmte. Passes Sanctions, Despite State Dept. Opposition, [www.niacouncil.org](http://www.niacouncil.org), 29.10.09. Iran importiert aufgrund nicht ausreichender Raffineriekapazitäten, die v.a. unilateralen US-Sanktionen der letzten Dekaden geschuldet sind, 40% seines Benzinverbrauchs.

<sup>3</sup> Für eine Diskussion dieses Vorwurfs, vgl. Ali Fathollah-Nejad, Appeasement und Ausnahmezustand? Zum richtigen Umgang mit dem «Schurkenstaat» Iran, *Telepolis*, 06.06.08.

<sup>4</sup> Zwar ist eine Annäherung oder sogar Normalisierung der Beziehungen zum «Großen Satan» in Teheran gewiss nicht unbestritten, doch beweisen die unter Präsident Ahmadinejad gemachten Genfer Konzessionen, dass eine Aussöhnung von den außenpolitischen Eliten des Landes gewollt ist; Arshin Adib-Moghaddam, *The Future of Iranian-American Relations*, *bitterlemons-international.org*, Ed. 40, Vol. 7.

«Zentralbanker des Terrorismus» (so bezeichnete seine spätere Außenministerin Rice den Iran im März 2006) die Notwendigkeit eines gewaltsam durchgesetzten «Regimewechsels» an. Ganz in diesem Sinne wurde Teheran in der im Frühjahr 2006 neu aufgelegten Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) als «größte Herausforderung», deren sich die USA gegenüberübersähen, bezeichnet. Eingebettet in einer massiven, durch die in der «westlichen Welt» populär gewordene These des «Kampfes der Zivilisationen» beflügelten,<sup>5</sup> Diabolisierungskampagne gegenüber Iran wurde mit der Bush/Cheney-Administration die «Gefahr» durch das Teheraner Atomprogramm ins Zentrum der Aufmerksamkeit gehievt, dessen zivile Natur jedoch von der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) zum Missfallen Washingtons wiederholt festgestellt wurde.<sup>6</sup> Um diese durch systematische Unterstellungen der USA und auch Israels fabrizierte «Atomkrise» beizulegen, traten die EU-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) mit dem Iran in Verhandlungen. Dies sicherlich aus der Besorgnis heraus, dass Washington wie im Fall Irak wieder zu einer unilateralen Militäraktion greifen könnte. Angesichts der mangelnden Gesprächsbereitschaft Washingtons gegenüber dem «Schurkenstaat» Iran, sollten die im Herbst 2003 begonnenen europäisch-iranischen Verhandlungen Bedenken bezüglich der friedlichen Natur des Atomprogramms ausräumen. Im Gegenzug wollte man Teheran wirtschaftlich und sicherheitspolitisch entgegenkommen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, nachdem sich vor allem herausstellte, dass das iranische Sicherheitsdilemma (200.000 US-amerikanische und alliierte Truppen rings herum sowie permanente Angriffsdrohungen) aufgrund der Weigerungshaltung Washingtons, aber auch wegen des diesbezüglich mangelnden Eintretens der Europäer bei ihren amerikanischen Partnern, nicht behoben werden konnte.<sup>7</sup>

Zuvor hatte Iran im Frühjahr 2003 den USA, unter dem Eindruck der raschen Unterwerfung des irakischen Nachbarn, ein weitreichendes Verhandlungsangebot unterbreitet, welches signifikante Zugeständnisse in den für Washington als zentral eingestuften Anliegen bot. Nicht nur sollte der friedliche Charakter des iranischen Atomprogramms gewährleistet werden, auch stellte Teheran in Aussicht, seine Unterstützung von Hisbollah und Hamas einzustellen sowie eine Zwei-Staaten-Lösung im Israel-Palästina-Konflikt zu unterstützen. Auf dem Gipfel ihres imperialen Übermuts angelangt, landete die iranische Ouvertüre jedoch schlichtweg im Papierkorb der neokonservativen US-Außenpolitik.<sup>8</sup> Damit hatte die um Annäherung und Aussöhnung bemühte reformorientierte Chatami-Regierung außen- und sicherheitspolitisch gegenüber den rivalisierenden Konservativen massiv an Terrain eingebüßt, welche ihr vorwarfen zu naiv und konziliant mit dem «Großen Satan» umgegangen zu sein. In der Folge sollte der von Chatami geprägte «Dialog der Kulturen» nicht mehr den Geist iranischer Außenpolitik prägen. Mit dem Amtsantritt Mahmud Ahmadinedschads im August 2005 schien die US-Regierung ihr rhetorisches Pendant gefunden zu haben.

Während das Ziel eines «Regimewechsels» im Iran zunehmend im «Sumpf» (quagmire) des Irak-Krieges versank, blickte man in Washington besorgt auf die gestärkte regionale Machtposition Teherans, welche als Folge eigener Militärinterventionen in Afghanistan (2001) und Irak (2003) erst ermöglicht wurde. So kam es, dass in der zweiten Amtszeit George W.

Bushs (Jan. '05 – Jan. '09) aufgrund der sich immer schwieriger darstellenden Okkupation des Irak, zum ersten Mal seit der iranischen Revolution offizielle, jedoch auf die Situation im Irak beschränkte Verhandlungen mit Iran geführt wurden. Da sich aber kein Kurswechsel in der Iran gegenüber bellizistisch eingestellten Politik der USA anbahnte – und dies trotz des entwarnenden Berichts der US-Geheimdienste Ende 2007, der zum Schluss kam, dass Iran kein militärisches Atomprogramm verfolge –, blieb der Konflikt dennoch bis in die zweite Hälfte 2008 angespannt (siehe z.B. die vom Kongress bereitgestellte Summe von 400 Mio. US-Dollar zur Destabilisierung des Iran, der Kyl-Lieberman-Gesetzeszusatz über die Einstufung der Revolutionsgarden als terroristische Organisation, der Ausbau der militärischen Drohkulisse am Persischen Golf sowie die diplomatisch-militärischen Bemühungen, eine arabisch-autokratische Anti-Iran-Allianz zu schmieden). Doch die Erkenntnis wuchs unweigerlich, dass die Iran-Politik Bushs und Cheneys nicht die erhofften Ergebnisse einfuhr. Weiterhin war man kaum in der Lage der regionalen Macht des Iran im Sinne amerikanischer Vormachtinteressen etwas entgegenzusetzen. Israel, das seine regionale Militärdominanz durch die erstarkte Position des Iran sowie dessen fortlaufendes Atomprogramm bedroht sah, drängte sogar bis zum Ende der Bush-Ära auf einen Waffengang.

#### MISSION: LEADERSHIP WIEDERHERSTELLEN

Die neu entfachte Diskussion über die zukünftige Iran-Politik verlief vor dem Hintergrund der Position der USA im internationalen System des 21. Jahrhunderts. Denn Bushs Unilateralismus hatte die Herausbildung einer multipolaren Welt beschleunigt.<sup>9</sup> Folgerichtig kündigte sein Nachfolger an, die moralische und politische Führungsrolle seines Landes wiederherstellen zu wollen, die im Zuge der vorangegangenen acht Jahre erheblich gelitten hatte.<sup>10</sup>

Doch bei genauer Betrachtung der außenpolitischen Agenda Obamas begegnet man viel Vertrautes. Während eine Reduzierung der Kampftruppen im Irak bis Ende 2011 angekündigt wurde, sollen 50–60.000 der 142.000 dort stationierten Einheiten als «Ausbildungstruppen, Schutz von amerikanischen Interessen und Kräfte zur Terrorismusbekämpfung» bestehen bleiben. Hinzu war nie die Rede von den privaten Söldnertruppen, von denen dort über 100.000 im rechtsfreien Raum agieren.<sup>11</sup> Neben der Ausweitung des Afghanistan-Krieges, soll zudem die unilaterale Gewaltanwendung gegen die neue «Zielscheibe» Pakistan forciert werden.<sup>12</sup> Allein in den ersten Wochen der Amtszeit Obamas wurden im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet die Angriffe mit unbemannten Drohnen fortgesetzt, was das Leben Hunderter Zivilisten kostete. Das durch die USA finanzierte militärische Vor-

<sup>5</sup> Vgl. Werner Ruf, Islamische Bedrohung?, rls standpunkte, 8/2007. <sup>6</sup> Vgl. Ali Fathollah-Nejad, Playing Nuclear Politics, guardian.co.uk, 20.2.09; Rudolph Chimelli, Unter die Haut. »Hype« verzerrt Politik – in der Iranfrage ist das gefährlich, Süddeutsche Zeitung, 19.10.09, S. 12. <sup>7</sup> Ali Fathollah-Nejad, »Don't blame the messenger for the message?« Wie die EU-Diplomatie den Weg für einen US-Angriff auf Iran ebnet, Studien zur Militarisierung EUropas, Nr. 28/2007, www.imi-online.de/eu-projekt/EU-Studien-28-2007.pdf. <sup>8</sup> Mehr zu den Hintergründen der US-Iran-Krise und der Rolle der EU, vgl. Ali Fathollah-Nejad, Iran in the Eye of Storm, Peace and Conflict Studies, Institut für Soziologie, Universität Münster, Mai 2007 (3. Aufl.), fathollah-nejad.com/index.php/2007/07/iran-storm/. <sup>9</sup> Michael Staack, Die Außenpolitik der Bush-Administration, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37–38/2008 (8.9.08), S. 6–13. <sup>10</sup> Vgl. Ali Fathollah-Nejad, Desperate Need for Serious Change in Transatlantic Foreign Policy, Monthly Review Webzine, 8.11.08. <sup>11</sup> Gareth Porter, Drawdown Plan May Leave Combat Brigades in Iraq, IPS, 27.2.09; Eric Margolis, U.S. Influence in Iraq Far from Over, Toronto Sun, 2.3.09. <sup>12</sup> Vgl. Knut Melien, Yes, he can, junge Welt, 26.1.09, S. 1.

gehen der pakistanischen Armee riskiert nicht zuletzt die Spaltung eben jener, was einen Bürgerkrieg unbegreiflichen Ausmaßes in dem Atomwaffenstaat zur Folge hätte.<sup>13</sup> Zudem steht der Konsens, dass bei der «Terrorismusbekämpfung» weiterhin die als völkerrechtswidrig einzustufende «Präemption» zu gelten hat. Der «Krieg gegen den Terror» wird also im Grunde rein rhetorisch abgeschafft.<sup>14</sup>

Beim Iran nimmt auch Obama die «militärische Option» nicht vom Tisch, womit die USA weiterhin das in der UN-Charta (Art. 2, Abs. 4) aufgeführte Verbot zur Androhung militärischer Gewalt verletzen. Die Doktrinen seiner Vorgänger wiederholend, hatte Obama noch im Wahlkampf erklärt: «Ich werde nicht zögern, Gewalt anzuwenden, notfalls auch unilateral, um das amerikanische Volk oder unsere vitalen Interessen zu schützen, wenn wir attackiert oder sie bedroht werden.»<sup>15</sup> Der neokonservative Publizist Robert Kagan pries ihn deswegen als Interventionisten.<sup>16</sup> Um jedoch eine glaubwürdige Kehrtwende einzuleiten, müsste Obama dem «Global War on Terror» und die völkerrechtswidrige Angriffskriege vorsehende Nationale Sicherheitsstrategie (sog. Bush-Wolfowitz-Doktrin) ersetzen. Doch beides ist nicht absehbar. In den Worten des Redenschreibers von Ex-Außenministerin Rice wird Obama den »pragmatischen Internationalismus« der zweiten Amtszeit Bushs fortführen, um eine »stabile, nachhaltige globale Leadership« zum Erfolg zu verhelfen.<sup>17</sup>

Die Eliten in den USA, aber auch in der »transatlantischen Welt«, hegen die Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten unter Obama wieder an Macht und Einfluss gewinnen. Um mit dem einflussreichen Politologen Charles Kupchan zu sprechen, habe sich mit Obama das Fenster für die USA wieder geöffnet, die Gestaltung der Weltordnung in die eigene Hand zu nehmen. Dieser Einschätzung widerspricht der Direktor des Royal Institute of International Affairs Robin Niblett und meint hingegen, dass das Fenster irreversibel geschlossen sei.<sup>18</sup> Darin stimmt ihm Parag Khanna zu, wenn er schreibt: »Aus geistiger Bequemlichkeit möchte man vielleicht gern glauben, Präsident Obama sei in der Lage, die Führungsrolle der Vereinigten Staaten wiederherzustellen. Doch Amerikas geschrumpfte Macht hat strukturelle Ursachen und hängt nicht von einzelnen Akteuren ab. Unser Sonnensystem hat keine Sonne mehr.«<sup>19</sup> Und im Umgang mit Iran geht es wiederum darum, auf jene strukturell gestiegene Macht des westasiatischen Landes passende Antworten zu finden.

### VON KONFRONTATION BIS HIN ZU KOOPERATION: ZU WELCHEN ZWECKEN DIPLOMATIE DIENEN KANN

Eine Analyse der Iran-Policy-Empfehlungen, die maßgebliche US-Think-Tanks der neuen Administration in Washington unterbreiteten, lässt einige Schlüsse zu. Zunächst fällt auf, dass ein Großteil jener Papiere aus neokonservativer Feder stammt. Ohnehin seit Jahren einen Kriegskurs gegenüber Teheran befürwortend, finden sich auch in Obamas Regierungsteam einige bekannte Figuren dieser Bewegung wieder. Da ist zuvorderst Dennis Ross zu nennen, der bei den Iran-Papieren am Häufigsten als Autor in Erscheinung tritt. Ross, ein in den USA als Israel-Lobbyist bekannter Mann,<sup>20</sup> wurde zunächst als Hillary Clintons Iran-Berater einberufen, kurz nach den iranischen Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 jedoch ins Weiße Haus befördert.<sup>21</sup> Die angedachte Iran-Strategie dieser Grup-

pen – vom American Enterprise Institute (AEI), dem Washington Institute for Near East Policy (WINEP) bis hin zum Bipartisan Policy Center (BPC) – zielt darauf ab, die diplomatischen Bemühungen der Obama-Administration mit scharfen Sanktionen und dem Aufbau einer forcierten militärischen Drohkulisse zu flankieren – wenn nicht gar zu konterkarieren –, um somit einen Waffengang den Weg zu ebnen. Während einzig vom Iran innerhalb eines begrenzten Zeitfensters Zugeständnisse eingefordert werden, soll der vordergründig diplomatische Gang die notwendige Legitimation verschaffen, die die Implementierung der anvisierten aggressiven Politik erleichtert.<sup>22</sup>

Der eigentliche Zweck einer US-Verhandlungsofferte wird indes nicht verschwiegen. So erläuterte Patrick Clawson vom WINEP am 6.11.2008: »Das hauptsächliche Zielobjekt dieser Angebote [an Iran] ist nicht der Iran. Das hauptsächliche Zielobjekt dieser Angebote sind die öffentlichen Meinungen in den USA und in der Welt.«<sup>23</sup> Solch eine Herangehensweise, die in der Republikanischen und in der Demokratischen Partei einflussreiche Anhänger hat, zeichnet eine Roadmap zum Krieg, bei der dem Gegenüber mit scharfen Maßnahmen gedroht wird, falls dieser nicht kapituliert. Ein Scheitern der Verhandlungen wird bewusst antizipiert, um die darauffolgenden völkerrechtswidrigen ökonomischen (Seeblockade) und militärischen (Angriffskrieg) Maßnahmen einzuleiten.<sup>24</sup> Dass solch ein Weg kaum erfolgversprechend ist und im Grunde nur eine gefährliche Konfrontation heraufbeschwört, darauf weisen jene Papiere der realpolitisch gefärbten Elite-Think-Tanks hin (v.a. die Brookings Institution, das Council on Foreign Relations [CFR] und die Carnegie Endowment for International Peace). Während sie verschärften Sanktionen nicht im Vorhinein eine Absage erteilen und solche zum Teil als adäquates Instrument erwägen, um Iran zum Einlenken zu zwingen, befassen sie sich mit der Frage, wie am erfolgreichsten US-Interessen im gesamten Raum des Nahen und Mittleren Ostens sicherzustellen sind. Hierbei kommt dem Iran natürlicherweise eine zentrale Aufmerksamkeit zu und führt dazu, dass man klarstellt, auf iranisches Entgegenkommen bei den regionalen Krisen angewiesen zu sein. So ist die Rede von einem »produktiven Engagement«, das im Gegensatz zu den neokonservativen Papieren nicht israelische, sondern US-amerikanische Interessen in den Vordergrund hievt, um somit einen »Pfad der Koexistenz« zu ebnen.<sup>25</sup>

Einen Kurswechsel hingegen fordern moderate Stimmen. Das American Foreign Policy Project (AFPP) z.B. räumt mit acht »Mythen« zum Iran auf: (1) dass der Präsident die Entscheidungsgewalt in der Atomfrage innehatte; (2) dass das politi-

<sup>13</sup> Vgl. Tariq Ali, Pakistan. Ein Staat zwischen Diktatur und Korruption, München: Die-drichs. <sup>14</sup> Christian Brose, The Making of George W. Obama, Foreign Policy, Jan./Feb. 2009. <sup>15</sup> Obama, Renewing American Leadership, Foreign Affairs, Juli/Aug. 2007. <sup>16</sup> Kagan, Obama the Interventionist, Washington Post, 29.4.07. <sup>17</sup> Brose, op. cit.; vgl. auch Obama, op. cit. <sup>18</sup> Kupchan, The Case Against the League of Democracy, Vortrag, School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London, Niblett als Diskutant, 15.1.09. Kupchan ist u.a. Senior Fellow am Council on Foreign Relations. Vgl. Niblett, Ready to Lead? Rethinking America's Role in a Changed World, London: Royal Institute of International Affairs, Feb. 2009. <sup>19</sup> Parag Khanna, Ein Himmel ohne Sonne, Die Zeit, Nr. 2/2009 (31.12.08), S. 3. <sup>20</sup> Aaron David Miller, Israel's Lawyer, Washington Post, 23.5.05, S. A19; vgl. Ali Fathollah-Nejad, Liberaler Falke, junge Welt, 16.3.09, S. 10–11. <sup>21</sup> Lachlan Carmichael, Ross to take central Iran policy role at White House: official, AFP, 16.6.09. <sup>22</sup> Vgl. z.B. Preventing a Cascade of Instability: U.S. Engagement to Check Iranian Nuclear Progress, Washington: WINEP, März 2009; Daniel Coats, Charles Robb & Charles Wald (Hg.), Meeting the Challenge: Time Is Running Out, Washington: BPC, Sep. 2009. <sup>23</sup> Zit. n. Robert Dreyfuss, Still Preparing to Attack Iran: The Neoconservatives in the Obama Era, TomDispatch.com, 2.12.08. <sup>24</sup> Vgl. Philip Giraldi [ehem. CIA-Beamter], Obama's Neocon in Residence, Antiwar.com, 4.11.08.; Jim Lobe, Top Obama Adviser Signs on to Roadmap to War with Iran, LobeLog.com, 24.10.08. <sup>25</sup> Vgl. Ali Fathollah-Nejad, Strategen uneins, junge Welt, 12.5.09, S. 10–11.

sche System der Islamischen Republik zerbrechlich und somit für einen Regime Change reif sei; (3) dass die Religiosität der iranischen Führung diese gegen Abschreckung immunisiere; (4) dass Irans Führung den USA unerbittlich gegenüberstünde; (5) dass Iran erklärt hätte, Israel «von der Landkarte zu tilgen»; (6) dass eine von den USA geförderte «Demokratieförderung» helfe dem Land wahre Demokratie zu bringen; (7) dass Iran eindeutig entschlossen sei, Atomwaffen zu entwickeln und (8) dass Iran und die USA keine Basis für einen Dialog hätten. Nachdem das Scheitern einer über drei Jahrzehnte andauernden Strategie Washingtons, Iran zu isolieren, zu bedrohen und mit Sanktionen zu belegen, konstatiert wird, wird hervorgehoben, dass neben der Option der bislang verfolgten Zwangsstrategie (coercive strategy) und einem wenig Erfolg versprechenden militärischen Vorgehen, eine weitere besteht, deren Erfolgsaussichten viel höher einzuschätzen sind. Es wird für ein «nachhaltiges Engagement» (sustained engagement) geworben, welche besser imstande wäre, die «nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu stärken». Dazu werden der US-Regierung fünf Schritte empfohlen: (1) Ruf nach Regimewechsel durch eine langfristige Strategie ersetzen; (2) Menschenrechte im Iran durch die Unterstützung anerkannter internationaler Bemühungen stärken; (3) Iran – und anderen Schlüsselstaaten – einen Platz am Tisch zugestehen, wenn es um die Zukunft Iraks, Afghanistans und der Region geht; (4) die Atomfrage im Kontext einer breiteren amerikanisch-iranischen Öffnung thematisieren; (5) dem arabisch-israelischen Friedensprozess als ehrlicher Makler neues Leben einhauchen.<sup>26</sup>

#### DIE «WAR PARTY» ALS KONTINUUM

Ein militärischer Angriff auf den Iran ist nach wie vor wegen seiner unkalkulierbaren Folgen – Millionen iranischer Toten, aber auch für US-Interessen in der ölreichen Region – eine für Washington kaum gangbare Alternative, obgleich Israel unentwegt darauf drängt.<sup>27</sup> Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weswegen dennoch beachtlich viele Gruppen eine solche antizipieren. Eine Antwort hierauf könnte darin liegen, dass der gigantisch aufgeblähte militär-industrielle Komplex (MIK) der USA wegen seines Selbsterhaltungstriebes nicht daran interessiert ist, gegen die Jahre lang aufgebaute «iranische Bedrohung» die «militärische Option» vom Tisch nehmen zu lassen.<sup>28</sup> In Kagans Argumentation, wonach eine glaubhafte Androhung militärischer Gewalt gegen Iran notwendig sei, um einen Krieg zu vermeiden, spiegelt sich die krude Logik der Militaristen wider, die damit genau genommen MIK-Interessen i.S. eines endlosen «Kriegs gegen den Terror» zu sichern suchen.<sup>29</sup> Daneben ist die sog. Israel-Lobby als gewichtiger Faktor zugunsten einer weiteren konfrontativen Politik gegenüber Iran zu betrachten. Aufgrund ihrer Mobilisierungsfähigkeit im US-Kongress kann mit scharfen anti-iranischen Resolutionen gerechnet werden, die diplomatischen Bemühungen der Obama-Administration unterminieren und zu einer kriegesischen Eskalation der fragilen Situation führen könnten.<sup>30</sup> Aufgrund dieses Machtpotentials ist aber auch das Bewusstsein jener Gruppen, die eine Eskalation gegenüber Iran ablehnen, gestiegen.<sup>31</sup>

#### SELEKTIVE ANNÄHERUNG MIT HINDERNISSEN

Dass die USA den Iran – nicht zuletzt wegen ihrer global schwindenden Kräfte –<sup>32</sup> für die Verbesserung ihrer misslichen Position in der Region dringend benötigen, ist eine Erkennt-

nis, die den meisten Iran-Papieren zugrunde liegt. Teheran bietet sich auch dafür an, sofern es als Regionalmacht und auf gleicher Augenhöhe begegnet wird.<sup>33</sup> Falls der politische Wille beibehalten werden sollte, die regionalen Konfliktherde nicht mehr uni-, sondern multilateral zu begegnen, dann kommt dem Iran eine Schlüsselrolle zu. ➔ Des Weiteren kann man registrieren, dass Israel einer iranisch-amerikanischen Annäherung ablehnend gegenübersteht. Tel Aviv fürchtet den Verlust seiner «special relationship» mit Washington, dank dessen es in den letzten Dekaden mit erheblichen Militärmitteln ausgestattet wurde und in seiner regionalen Politik dringend benötigte politisch-diplomatische Unterstützung fand. Israels Interesse am von Feindbildern gespeisten Status-Quo zeigte sich auch in der Erleichterung über die kontroverse Wiederwahl Mahmud Ahmadinedschads.<sup>34</sup>

Unterm Strich lässt sich feststellen, dass eine selektive Annäherung zwischen den USA und Iran in beiderseitigem Interesse liegt. Aber nicht nur wird solch ein rapprochement von machtvollen Gruppen zu verhindern versucht, die man bei allen Akteuren identifizieren kann. Ein Prozess der Annäherung wird zudem kaum über Nacht Erfolg zeitigen, vielmehr ist von einem längerfristigen Engagement beider Seiten auszugehen. Die Forderung der US-Supermacht nach «Regime Change» wurde indes durch jene des «Verhaltenswechsels des Regimes» ersetzt.

#### SANKTIONEN SCHADEN DER IRANISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT – UND WARUM EINE NORMALISIERUNG DER BEZIEHUNGEN DIESE STÄRKEN WÜRD

Zuweilen spielen auch als moderat eingestufte Gruppen in den USA, wie das AFFF, mit dem Gedanken, Sanktionen als Verhandlungsmasse auf dem Tisch zu belassen. Nicht nur haben bekannte Persönlichkeiten der iranischen Zivilgesellschaft wie Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi wiederholt – auch nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl – wirtschaftlichen Sanktionen eine klare Absage erteilt, auch Oppositionsführer Mir-Hossein Mousavi hat den Vorschlag einer Reihe von exil-iranischen Akademikern und Antikriegsaktivisten angenommen, sich öffentlich gegen die Verhängung von Sanktionen auszusprechen.<sup>35</sup> Dass «lähmende Sanktionen» und Gewaltandrohung der Demokratiebewegung immensen Schaden zufügen, stellen auch 40 engagierte Wissenschaftler – darunter der Autor – in ihrem Aufruf zum Schutz der iranischen Zivilgesellschaft fest.<sup>36</sup> Wie auch Harvard-Ökonom Djavad Salehi-Isfahani herausstellt, ist es die Bevölkerung, v.a. ärmere

<sup>26</sup> Joint Experts' Statement on Iran, Nov. 2008, [americanforeignpolicy.org/files/experts\\_statement\\_on\\_iran.pdf](http://americanforeignpolicy.org/files/experts_statement_on_iran.pdf). <sup>27</sup> Zu den militärischen Optionen der USA, vgl. Sam Gardiner, The End of «Summer of Diplomacy»: Assessing U.S. Military Options on Iran, New York: The Century Foundation, 2006; Dan Plesch & Martin Butcher, Considering a war with Iran: A discussion paper on WMD in the Middle East, London: Centre for International Studies and Diplomacy, SOAS, Sep. 2007. <sup>28</sup> Zum MIK, vgl. Mohssen Massarrat, Militärischer Komplex, Hegemonialinteressen und programmierter Chaos, graswurzelrevolution, Nr. 316 (Feb. 2007), S. 9–11. <sup>29</sup> Kagan, Necessary Threat, The New Republic, 23.4.07. <sup>30</sup> So gilt die American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) als Hauptunterstützer der anfangs erwähnten Sanktionen. <sup>31</sup> Vgl. Ali Fathollah-Nejad, Kommt der Krieg gegen den Iran? Wie in den USA über einen Iran-Krieg nachgedacht wird, Welt-Trends – Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 16, Nr. 63 (Nov./Dez. 2008), S. 5–10. <sup>32</sup> National Intelligence Council, Global Trends 2025: A World Transformed, Nov. 2008. <sup>33</sup> Die Zentralität der Respektbekundung hob der Präsident des American Iranian Council, Hooshang Amirahmadi, gegenüber dem Autor am 26.2.09 in London hervor. <sup>34</sup> Vgl. Amos Harel & Avi Issacharoff, Ahmadinejad win actually preferable for Israel, Haaretz, 14.6.09. <sup>35</sup> Vgl. Mousavi, Statement No. 13, 28.9.09, [www.campaigniran.org/casmi/index.php?q=node/8700](http://www.campaigniran.org/casmi/index.php?q=node/8700); Truth and Reconciliation for Iran, Offener Brief, [guardian.co.uk](http://guardian.co.uk), 31.7.09. <sup>36</sup> Die iranische Zivilgesellschaft schützen, 6.8.09, [fathollah-nejad.com/index.php/2009/08/iran-erklaerung-40-wissenschaftler/](http://fathollah-nejad.com/index.php/2009/08/iran-erklaerung-40-wissenschaftler/).



Schichten, die den Preis von Sanktionen zahlen müssen.<sup>37</sup> Eine Normalisierung der Beziehungen hingegen wird von führenden zivilen (Ebadi, Hamid Dabashi, Muhammad Sahimi), politischen (Mousavi, Mehdi Karroubi, Mohammad Chatami) und geistlichen (Groß-Ayatollah Hossein-Ali Montazeri) Vertretern der «Grünen Bewegung» befürwortet. Aus den Erfahrungen der Chatami-Ära lernend, realisiert man zudem, dass nur Hardliner innenpolitisch einen solchen Kurs durchbringen könnten.<sup>38</sup> Eine Öffnung des Landes, die eine Verbesserung der Beziehungen zur Folge hätte, würde die Zivilgesellschaft gestärkt hervorgehen lassen. Ein Ausbleiben dessen hingegen könnte auf Jahre hinweg die Herrschaft der Hardliner zementieren. Über diese Dimensionen ist man sich allerorten wohl bewusst.<sup>39</sup>

#### DURCH ENTSPANNUNGSPOLITIK HARDLINER AUF ALLEN SEITEN ENTWAFFNEN

Sanktionen zu verschärfen bedeutet den Hardlinern auf allen Seiten politisches Manövriertfeld zu überlassen. Diese ziehen ihren Vorteil von einem Ausbleiben der Aufweichung harter Fronten und Feindbilder. Vor diesem Hintergrund scheint es umso befremdlicher, wieso noch einige, auch unter selbsternannten Linken, der Sanktions-Option – und somit den neo-konservativen Scharfmachern – das Wort reden. Wer dennoch darauf besteht, scheint an der Entwaffnung der Hardliner kein Interesse zu hegen.

Derweil hilft eine nüchterne Lageanalyse kontraproduktive alarmistische Kurzschlussreaktionen zu vermeiden. Noch zu sehr ist die Iran-Debatte durch «kollektive Konfusion» (Sicherheitsexperte Christoph Bertram) und einem «politisch motivierten Hype» (Scott Ritter, ex-UN-Waffenchefinspekteur im Irak) geprägt.<sup>40</sup> So seien nur zwei wichtige Aspekte erwähnt: (1) Laut dem letzten Bericht über das iranische Atomprogramm, stellt das Bureau of Intelligence and Research des US-Außenministeriums fest, dass Teheran – wenn es sich denn politisch dazu entscheiden würde – frühestens 2013 über eine Atombombe verfügen könnte. Zudem steht das iranische Atomprogramm ohnehin unter einer lückenlosen Beobachtung der IAEA. Eine Militarisierung würde somit umgehend registriert werden. (2) Dem Iran trotz alledem jeglichen sicherheitspolitischen Anreiz auf eine Militarisierung seines Atomprogramms – i.S. einer Abschreckung gegen mögliche Aggressoren – zu nehmen, bedeutet notwendigerweise eine von Doppelmoral befreite Auseinandersetzung mit dem israelischen Atomwaffenarsenal zu führen. Um eine dem Frieden unentbehrliche Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) in Gang zu treten, muss eine Massenvernichtungswaffen-freie Zone anvisiert werden, wozu auch Israel die notwendigen Schritte einzuleiten hat.<sup>41</sup> Angesichts des Vorantreibens «lähmender Sanktionen» seitens des US-Kongresses, politisch unterstützt durch europäische und israelische Hardliner, und deren Potential Verhandlungen zwischen Iran und den USA folgeschwer zu torpedieren, ist vorerst nicht auszumachen, wer im Kampf um die Iran-Politik Obamas die Oberhand gewinnt. Zu sehr liegen die Vorstellungen auseinander, zu stark wiegen somit die Risiken einer unklaren Ausrichtung. Dies bringen auch zwei Ex-Stabsmitglieder des National Security Council auf den Punkt: «Da Präsident Obama ein Nationales-Sicherheits-Team um sich geschart hat, das zu großen Teilen seine Anfangsvision einer

amerikanisch-iranischen Annäherung nicht teilte, formulierte die Administration nie ein starkes öffentliches Argument [public case] für ein Engagement. Die Aussicht auf ein Engagement wird weithin immer noch in einer Bahn behandelt, auf der positive iranische Aktionen zu «belohnen» und problematisches Verhalten zu «bestrafen» seien – genau das, was Herr Obama, als Präsidentschaftskandidat, noch so wortgewandt über Präsident George W. Bushs Ansatz kritisierte. [...] Der Mangel an diplomatischer Seriosität der Obama-Administration geht über ungeschickte Taktiken hinaus; es spiegelt ein unangemessenes Verständnis über die strategische Notwendigkeit konstruktiver amerikanisch-iranischer Beziehungen wider.»<sup>42</sup> Und solch eine realpolitische «strategische Notwendigkeit» wird auch aller Wahrscheinlichkeit nach zugunsten der iranischen Zivilgesellschaft ausfallen. Dafür ist es jedoch entscheidend, dass Verhandlungen die sozio-ökonomischen und politischen Bedürfnisse der iranischen Bevölkerung respektieren. Wirtschaftssanktionen, geschweige denn Bomben – wie «intelligent» sie auch sein mögen –, sind hier fatal.

<sup>37</sup> Salehi-Isfahani, Iran Sanctions: Who Really Wins?, 30.9.09, [www.brookings.edu/opinions/2009/0930\\_iran\\_sanctions\\_salehi\\_isfahani.aspx](http://www.brookings.edu/opinions/2009/0930_iran_sanctions_salehi_isfahani.aspx) <sup>38</sup> Vgl. Sahimi, US–Iran talks: Does Green Movement benefit?, Tehran Bureau, 14.10.09; Dabashi, Huge risks in Iran sanctions, CNN.com, 21.8.09. <sup>39</sup> Ein Blick auf die Debatten innerhalb der US-Friedensbewegung und der Linken lässt ähnliche Schlüsse zu; vgl. [therealnews.com/t2/index.php?option=com\\_content&task=view&id=33&Itemid=74&jumival=469](http://therealnews.com/t2/index.php?option=com_content&task=view&id=33&Itemid=74&jumival=469). <sup>40</sup> Bertram, Partner, nicht Gegner. Für eine andere Iran-Politik, Hamburg: Edition Körber-Stiftung, Mai 2008; Ritter, Keeping Iran honest, [guardian.co.uk](http://guardian.co.uk), 25.9.09. <sup>41</sup> Vgl. Mohssen Massarrat, KSZMNO jetzt. Plädoyer für einen KSZE-Prozess im Mittleren und Nahen Osten, Blätter für deutsche und internationale Politik, 02/2007, S. 212–220. <sup>42</sup> Flynt Leverett & Hillary Mann Leverett, How to Press the Advantage With Iran, New York Times, 29.9.09, S. A39.

#### ZUM AUTOR

Ali Fathollah-Nejad (M.Sc. cum laude, M.A., B.Sc. B.A.), Politikwissenschaftler, Homepage: [fathollah-nejad.com](http://fathollah-nejad.com). Der vorliegende Text basiert auf einer längeren Studie, die als Welt-Trends-Papier Ende 2009 im Universitätsverlag Potsdam erscheint. Darin werden v.a. die verschiedenen, der Obama-Administration vorgelegten Politikansätze vorgestellt und im Hinblick auf eine Lösung im Iran-Konflikt diskutiert.

#### IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
 REDAKTION Marion Schütrumpf-Kunze  
 Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel.: 030 44310-127  
 Fax -122 · [m.schuetrumpf@rosalux.de](mailto:m.schuetrumpf@rosalux.de) · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

In der Reihe «Standpunkte» bereits erschienen:

19/2009 – BRIGITTE OEHRLEIN:  
PERSPEKTIVEN GLOBAL ODER DAS RECHT,  
RECHTE ZU HABEN

Über das Konzept «Globale Soziale Rechte» (GSR)

18/2009 – VOR DEM KLIMAGIPFEL. HERRSCHENDE  
KLIMAPOLITIK IN DER SACKGASSE

Vier Standpunkte zur UN-Konferenz in Kopenhagen

17/2009 – ULRICH SCHACHTSCHNEIDER:  
GREEN NEW DEAL – SACKGASSE UND SONST  
NICHTS?

16/2009 – GÜNTER KRAUSE: DAHINTER DÜRFEN  
LINKE NICHT ZURÜCKFALLEN!

WIDER DEN MARKTFUNDAMENTALISMUS:  
DER REPORT DER STIGLITZ-KOMMISSION

15/2009 – JOCHEN WEICHOLD, HORST DIETZEL:  
BUNDESTAGSWAHL 2009 – WAHLPROGRAMME  
DER PARTEIEN IM VERGLEICH

14/2009 – PETER FÖRSTER: »UNRECHTSSTAAT!  
DIKTATUR!! LEBENSLANGER KNAST!!!«

Was die in der DDR aufgewachsenen Mittdreissiger zu  
solchen Sprüchen meinen

13/2009 – RAINER RILLING: YES, WE CAN?  
AUSSICHTEN DER LIBERALEN OBAMA-  
ADMINISTRATION

12/2009 – ULRICH BUSCH, KLAUS STEINITZ:  
OSTDEUTSCHLAND IM 20. JAHR DER EINHEIT  
PROBLEME UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN

11/2009 – JUDITH DELLHEIM, FRIEDER OTTO  
WOLF: DIE GREEN NEW DEALS – POSITIONEN  
VON LINKS

10/2009 – WASILIS VON RAUCH: KAMPF UMS  
»BLAUE GOLD« IN DER TÜRKEI: WASSERPOLITIK  
ZWISCHEN NEOLIBERALER ÖKONOMIE UND  
STAATLICHEN MACHTINTERESSEN

9/2009 – KARL VOSSKÜHLER: BEDARFSORIENTIERUNG  
ODER BEDINGUNGS- LOSES GRUNDEINKOMMEN?

8/2009 – MICHAEL BRIE: KOSTENLOSER  
ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR  
STATT »ABWRACKPRÄMIE«!

7/2009 – JÜRGEN KLUTE: DIE EVANGELISCHE  
KIRCHE UND DIE DEBATTE UM DEN MINDESTLOHN

6/2009 – HORST DIETZEL, JOCHEN WEICHOLD:  
EUROPA-WAHL 2009 – WAHLPROGRAMME  
DER PARTEIEN IM VERGLEICH

5/2009 – WOLFGANG NESKOVIĆ: DER IDIOTIE  
DES REALEN MONOPOLY DIE SOZIALE UTOPIE  
ENTGEGENSETZEN!

4/2009 – WALDEN BELLO: UNSERE ANTWORT  
AUF DIE KRISE DES KAPITALISMUS

3/2009 – BERNARD SCHMID: RECHTSEXTREME  
PROBEN WIEDER. EINTRITT INS EUROPÄISCHE  
PARLAMENT – MIT VERÄNDERTER TAKTIK

2/2009 – ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT:  
ÖFFENTLICH GEFÖRDERTER BESCHÄFTIGUNGSEKTOR  
– ZWISCHEN MARKT UND STAAT

1/2009 – THOMAS LOHMEIER: INHALT BRAUCHT  
FORM. PARTIZIPATORISCHE KAMPAGNENFÜHRUNG  
FÜR EINE EMANZIPATORISCHE LINKE –  
EINE EINFÜHRUNG